

69012, I

EUROPAS NEUE STIMME

Blätter zur Neuordnung Europas unter dem Blickpunkt der europäischen Völker

Herausgeber und Hauptschriftleiter mag. oec. Adolfs Ratenieks (Lettland)

Mitherausgeber Oberstleutnant Arturs Freimanis (Lettland)

Verlag: Kontinents, Rigā M-426-3-93

Nr. 1

1. Juli

1943

933(4/9)625(05)
933(4/9)626(05)

KATALOG

Zum Geleit

Noch verhüllt das Dunkel des tobenden Unwetters das Werden einer welthistorischen Wende, die das Gesicht des europäischen Kontinents für die nächsten Jahrhunderte bestimmen dürfte. Schon jetzt zeichnen sich die Umrisse des gewaltigen Baus, der auf dem Fundament unserer schon vor vielen Jahrhunderten gegen die Angriffe von aussen verteidigten abendländischen Kultur emporwächst, ab.

Wiederum wie vor Jahrhunderten ist Europa zur Entscheidung aufgerufen. Viele Millionen von Kämpfenden und Schaffenden setzen ihre Kraft für das Neue, werdende ein, das mit dem Blute der besten Söhne Europas erkaufte wird. Es steht in diesem Kampfe zu viel auf dem Spiel, um unbewegten Herzens nur Zuschauer dieses Werdens zu sein und das gewaltige Ringen mit kühlem Gleichmut zu betrachten.

Es ist daher allzu verständlich, dass wir europäischen Völker das Ringen um die Zukunft Europas in unseren Herzen miterleben und uns für die Gestaltung des Kommenden einsetzen.

Ebenso verständlich ist es aber auch, dass besonders die kleineren Völkern aus unseren Reihen gerade jetzt, wo noch der Nebel der Schlachten das werdende umhüllt, sich ernsthaft fragen — was bringt uns diese reife Stunde? Es geht ein nach Erkenntnis suchendes Raunen durch die Völker, ein Tasten nach dem Wege, der ihnen die Sicherung ihrer Lebensrechte und Lebensentfaltung im Rahmen einer europäischen Völkergemeinschaft bieten kann.

Und wenn vom kleinen Lettland aus der Versuch unternommen wird, diese neue Stimme Europas zu

erfassen und sie in die Welt hinausklagen zu lassen, so ist das kein Zufall. Die baltischen Staaten haben in den Jahren 1940/41 am eigenen Schicksal die harte Lehre erlebt, so dass sie daher besser als die anderen Völker, die die Herrschaft des Bolschewismus nicht selbst erlitten haben, verstehen können, wie notwendig der Zusammenhalt der europäischen Völker zur Wahrung der heiligsten Güter Europas ist.

Es kann daher keine Rede sein von etwaigen materiellen Erwägungen, die zur Herausgabe dieses Pressedienstes veranlasst haben. Einzig und allein der Wunsch die positiven Aufbaukräfte jedes einzelnen Volkes zu Worte kommen zu lassen war, entscheidend. «Europas Neue Stimme» wendet sich an alle aufgeschlossenen Elemente ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit, Konfession und sozialen Stellung, die sich für die mit der Neuordnung des europäischen Kontinents zusammenhängenden Fragen interessieren. In diesem Sinne will der Pressedienst ein Baustein für den Bau des Neuen Europa sein.

Wir rufen zur Mitarbeit diejenigen Vertreter der europäischen Völker auf, die in freier Aussprache zu den politischen, kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen der Neuordnung Europas Stellung nehmen wollen, vom Standpunkt der Lebensinteressen und des Wohlergehens ihres eigenen Volkes. Wir rufen zur Mitarbeit auch die Vertreter des deutschen öffentlichen Lebens, die bekunden wollen, welches Verständnis sie diesen den europäischen Völkern so am Herzen liegenden Fragen entgegen zu bringen bereit sind. Die Herausgeber.

98060

An die Leser!

Mit dieser Nummer wird der Öffentlichkeit der Pressedienst »Europas Neue Stimme« übergeben, der sich die Aufgabe stellt vom Standpunkt der kleineren europäischen Völkern zu allen Fragen, die mit dem politischen, kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Neuaufbau Europas zusammenhängen, Stellung zu nehmen und durch einen vielseitigen Meinungsaustausch von Land zu Land zur Stärkung des gegenseitigen Verständnisses beizutragen.

Auf Grund der harten Lehre, die die baltischen Staaten in dem einen Jahr der bolschewistischen Herrschaft erlebt haben, fühlt sich der lettische Kontinent Verlag berufen, einen Pressedienst herauszugeben, der für den Zusammenhalt der europäischen Völker zur gemeinsamen Verteidigung der europäischen Kultur eintritt. Die Idee der Herausgabe dieses Dienstes ist aus den Ergebnissen erwachsen, zu den der Herausgeber und Hauptschriftleiter bei der Ausarbeitung seines kürzlich erschienenen Buches: »Was bringt die Neuordnung Europas den europäischen Völkern« gekommen war.

Bestimmend für die Herausgabe dieses Pressedienstes »Europas Neue Stimme« sind die rein idealistischen Erwägungen des Verlages gewesen. Deshalb wird der Abonnementpreis so niedrig festgelegt werden, dass er nur die Selbstkosten deckt. Die Zusage der Abonnementsbedingungen erfolgt bei Zustellung der nächsten Nummer.

Kontinent Verlag

Inhalt:

	Blatt
Warum »Europas Neue Stimme«?	
<i>Zum Geleit</i>	1
Um das Lebensrecht der kleinen Völker	
<i>Bericht zur Lage</i>	2
Was ist das Neue Europa?	
<i>Von mag. oec. Adolfs Ratenieks (Lettland)</i>	3
Kroatien im Neuen Europa	
<i>Von Jure Novak (Kroatien)</i>	4
Salazar	
<i>Von Cabral (Portugal)</i>	4
Ibero-Amerika und USA	
<i>Von Mary Galeno (Brasilien)</i>	5
Der englisch-polnische Konflikt und die Stellung der kleinen Völker	
<i>Von Oberstleutnant Arturs Freimanis (Lettland)</i>	6
Stalins Charakterbild	
<i>Von Nikolaj Wolkow (Russland)</i>	6
Der Keynes-Plan	
<i>Von Dr. Rezsö Lajos (Ungarn)</i>	7

Pärb. 1952

PÄRBAUCITS1-0 01

Um das Lebensrecht der kleinen Völker

ENS — Die New-Yorker Wochenschrift »Look« veröffentlichte Mitte Mai einen Aufsatz, in dem ganz offen von der Errichtung einer »Weltregierung« gesprochen wird, »die in der Weise funktionieren soll, daß die Vereinigten Staaten, England und die Sowjetunion die ganze Welt in regionale Einflußgebiete einteilen würden«. Das Blatt schreibt in diesem Zusammenhang: »Das Selbstbestimmungsrecht der kleinen Nationen wird sich mit Roosevelts Forderungen nach einer territorialen Sicherheitszone oder Englands kolonialen Erfordernissen im Westen nicht überschneiden dürfen«. Damit wird allen kleinen Nationen die Existenzberechtigung abgesprochen. Die Völker Europas werden sich nach dem Willen Stalins richten müssen. Die territoriale Sicherheitszone Roosevelts aber umfaßt die »westliche Hemisphäre« d. h. den westlich von Europa liegenden Teil der Erde bis weit in den Pazifik hinein unter Einschluß von mindestens Nordafrika, während England das Schicksal der kolonialen Völker bestimmen darf, zu denen auch das ägyptische gehört.

Derartige Feststellungen stellen keineswegs unverantwortliche Äußerungen einflußloser Journalisten dar, denn die Verfasser dieses Aufsatzes, Clapper und Krock, sind beim Weißen Hause gut angeschrieben, und ähnliche Gedankengänge findet man häufig in den Washingtoner Regierungskreisen, die von den amtlichen USA-Vertretern nur nicht in dieser Klarheit zum Ausdruck gebracht werden.

Daß dies nicht etwa nur der amerikanische Standpunkt ist, zeigt ein sehr offener Artikel in der englischen Wochenzeitung »Observer«, der die gemeinsamen Interessen Englands und der Sowjetunion als so bedeutend ansieht, daß die ideologischen Gegensätze zwischen diesen beiden Mächten dadurch überbrückt werden könnten. Dieses gemeinsame Interesse bestehe darin, daß die Sowjets gewissermaßen von den Anglo-Amerikanern die Statthalterschaft für den europäischen Kontinent erhalten sollen mit der Aufgabe, eine innere Konsolidierung oder Mächtebildung in Europa für dauernd zu verhindern.

Der »Observer« drückt damit nur klarer aus, was die »Times« im Leitartikel am 23. März gesagt hatte: »Die nationalen Rechte, die nationale Identität und die nationale Entwicklung der kleinen Staaten darf nicht von Neuem Formen annehmen, die mit der Erfüllung der gemeinsamen Pflichten unvereinbar sind.« Die »Times« knüpfte daran die Folgerung, daß die Begriffe »Selbstbestimmungsrecht« und »Unabhängigkeit« neu ausgelegt werden müssen und forderte, daß in Zukunft diese Unabhängigkeit beschränkt wird. Diese Beschränkung müßte nach Ansicht der »Times« in Europa so aussehen, daß sie die Erfüllung der den kleinen Völkern von den Sowjets auferlegten Pflichten sichert. Diese Pflichten werden, wie der »Observer« feststellt, aber so geartet sein, daß Europa nie zu einer inneren Konsolidierung kommen kann.

Auf derartige Äußerungen von anglo-amerikanischer Seite hat die Budapest Zeitung »Pester Lloyd« eine klare Antwort gegeben. Sie schreibt: »Kleine Staaten können nur den Frieden ganz Europas gefährden, wenn sie von den Großen für ihre eigenen Ziele benutzt werden. Darum war der Balkan ein europäischer Unruheherd in den Jahrzehnten vor und das Donaugebiet ein europäischer Wetterwinkel in den Jahrzehnten nach dem ersten Weltkrieg. Je mehr die kleinen Völker vom Vollbesitz ihrer staatlichen und nationalen Souveränität verlieren, um so leichter werden sie zum Tummelplatz der Interessengegensätze der Großmächte, zum politischen Niemandsland. Das nationale Prinzip, richtig angewendet, ist dagegen ein Friedensgedanke von unschätzbarem Wert; er wird nicht zum Zerfall Europas in kleine, einander bekäm-

pfende Gruppen führen, sondern im Gegenteil zum Ausgangspunkt einer fruchtbaren, weil nicht auf Zwang, sondern Freiwilligkeit beruhenden Zusammenarbeit werden. Wir können heute schon feststellen, daß sich die kleinen Völker Europas immer deutlicher zu dieser These bekennen.«

Dieses Bekenntnis der kleinen Nationen zu Europa kam auch in der jüngsten Vergangenheit in den Äußerungen verschiedener europäischer Staatsmänner zum Ausdruck. So hat der ungarische Ministerpräsident Kallay unlängst vor etwa 2000 politischen Funktionären der Regierungspartei erklärt, Ungarn verträte die in den letzten Erklärungen der Achsenstaatsmänner so überzeugend zum Ausdruck gebrachten Prinzipien, insbesondere das Recht der kleinen Nationen auf ein selbstständiges Leben. Der Garant dieses Rechtes seien jedoch, wie Kallay betonte, das Deutsche Reich und Hitler, der die Erreichung der historischen Rechte Ungarns ermöglichte und der allein Europa vom Bolschewismus retten kann.

Im Zeichen dieses unerschütterlichen Willens, sich für die Rechte der kleinen Völker in einem Neuen Europa einzusetzen, das jedem Volk einen ehrenvollen Platz sichern und seine berechtigten Lebensinteressen garantieren soll, stehen auch der Heldengedenktag, den das rumänische Volk am 3. Juni feierte, und der Nationalfeiertag Finnlands, der auf den Geburtstag Mannerheims gelegt worden ist. Finnlands Haltung hat kürzlich Ministerpräsident Linkomies folgendermaßen gekennzeichnet: »Das finnische Volk idealisiert nicht den Krieg, aber es wird sich auch niemals beugen, wenn eine fremde Macht mit ihren imperialistischen Bestrebungen in der einen oder anderen Form auf Finnland abzielt, ihm seine Selbstständigkeit rauben und sein nationales Dasein vernichten will.«

Diese Worte geben eine deutliche Antwort auf die von der »New-York Daily News« veröffentlichte Meldung, daß die Sowjetunion Finnland, die baltischen Länder, einen großen Teil Polens sowie des Balkans annektieren wolle, die aus Kreisen des Washingtoner Senats noch dahin ergänzt wurde, daß Stalin im Falle eines sowjetischen Sieges die Unterstellung Norwegens und Schwedens unter sowjetische Kontrolle fordern würde. Daß weder England noch USA Stalin daran hindern können, derartige Forderungen zu verwirklichen, liegt auf der Hand. Europa aber wird, je offenkundiger die anglo-amerikanischen Mächte und die bolschewistischen Machthaber ihre Ziele bekanntgeben, zu einer immer stärkeren Schicksalsgemeinschaft geschmiedet, zu deren Wortführer auch die Staatsmänner der neutralen Staaten gehören, vor allem Salazar und Franco.

Abschließend sei noch an einem der vielen Beispiele gezeigt, wie bedenkenlos die Anglo-Amerikaner sich bei der von ihnen geplanten Neuordnung der Welt über die Lebensinteressen der europäischen Völker hinwegsetzen. Die Gegner des Neuen Europa haben auf der »Ernährungskonferenz« in Hotspring den Plan einer Lebensmittelbank erörtert, die die Welternährung unter internationale Finanzkontrolle stellen würde und die Abhängigkeit Europas von der überseeischen Nahrungsmittelzufuhr durch die Zerschlagung der Selbstversorgungsgrundlagen des europäischen Kontinents für alle Zeiten sichern würde. Diesen Bestrebungen zur Errichtung eines anglo-amerikanischen Monopols der Lebensmittelversorgung Europas, die die Lebensgrundlagen der europäischen Bauern vernichten würde, stellt das Neue Europa eine zielbewußte Politik der Erstarkung des Bauerntums gegenüber. Dies zeigt unter anderem auch die kürzlich erlassene Deklaration der Deutschen Reichsregierung, die den Bauern der besetzten Ostgebiete ihr Nutzungsland zum Privateigentum gibt.

Was ist das Neue Europa?

mag. oec. Adolfs Ratenieks (Letland)

ENS — In der politischen Terminologie der Gegenwart kommt dem Begriff des »Neuen Europa« eine außerordentlich große Bedeutung zu. Von anglo-amerikanischer Seite wird versucht, die Idee des Neuen Europa lediglich als ein Schlagwort hinzustellen, das dazu bestimmt sei, die europäischen Völker für die angeblichen imperialistischen Ziele Deutschlands, das ganz Europa unter seine Vormundhaft stellen wolle, zu gewinnen. Demgegenüber erklären die Staatsmänner der Achsenmächte, daß das Neue Europa allen europäischen Völkern eine bessere Lebensordnung geben wolle, die die Entwicklung in den europäischen Ländern gegen raumfremde Einflüsse sichern und ihrer Bevölkerung den Weg zu einer besseren Zukunft freimachen soll. Daß die kleinen Völker Grund zu solcher Annahme haben, daß das Neue Europa nicht so aussehen wird, wie von anglo-amerikanischer Seite behauptet wird, zeigen die Erfahrungen einer 1000 jährigen historischen Entwicklung.

Was ist das Neue Europa?.. Um den Sinn der europäischen Neuordnung, um die heute gekämpft wird, von Grund aus zu verstehen, muß man von der historischen Tatsache ausgehen, daß Europa in der Vergangenheit Jahrhunderte lang sich als politische Einheit gefühlt hat und diese Einheit gegenüber Vorstößen aus dem außereuropäischen Raum in erbitterten Kämpfen verteidigte. Bis zur Schwächung des Zentrums des europäischen Kontinents, die um das Jahr 1200 einsetzte, war die Idee der europäischen Einheit ein historisches Faktum, denn der Kontinent wurde von allen europäischen Völkern bewußt als eine kulturelle und politische Einheit erlebt, die mit der Einheit der abendländischen Kultur identisch war.

Dann trat an die Stelle einer solchen ganzheitlichen kontinentalen Ordnung, die vom abendländischen Gemeinschaftsbewußtsein getragen wurde, ein System von Staaten, die sich die Vormachtstellung in Europa gegenseitig streitig machten, und sich dabei auf ihre außereuropäischen Kraftzentren, auf ihre überseeischen Besitzungen stützten. In dieser Epoche der europäischen Binnenkriege ist das politische Einheitsbewußtsein der europäischen Völker verlorengegangen, denn die gemeinsamen geistigkulturellen Grundlagen Europas erwiesen sich zu schwach dazu, die politischen Gegensätze zu überbrücken.

Auch der gegenwärtige Krieg hat als europäischer Bürgerkrieg begonnen, im Laufe der Zeit aber hat er ein völlig anderes Gepräge erhalten. Der, mit dem Vorstoß der Sowjetunion in europäische Gebiete begonnene Ansturm der bolschewistischen Horden gegen die abendländische Kultur, hat die europäischen Völker zu einer Abwehrgemeinschaft zusammengefaßt, in der sich zum erstenmal seit vielen Jahrhunderten wieder ein europäisches Gemeinschaftsgefühl dokumentiert. Damit ist der Krieg zu einer Gemeinschaftsaufgabe fast ganz Europas geworden.

Der Versuch Englands, mit Unterstützung außereuropäischer Kraftzentren, den europäischen Konti-

nent auszuhungern, ein Versuch der nicht nur gegen die im Kriege mit England stehenden Völker, sondern auch gegen seine ehemaligen Verbündeten und gegen die Neutralen gerichtet war, trug dazu bei, das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit der europäischen Völker noch zu stärken. Die Notwendigkeit der gemeinsamen Abwehr der Gefahr aus dem Osten und des Drucks raumfremder anderer Mächte hat so aus Europa eine Schicksalsgemeinschaft gemacht, die sich in der Teilnahme der europäischen Völker am Kampf gegen den Bolschewismus und in der gemeinschaftlichen Arbeitsleistung für die Führung des europäischen Unabhängigkeitskrieges äußert. Aus diesem Kampf ersteht ein neues Europa, dessen Völker wieder gesamt-europäisch denken und der außereuropäischen Welt die Einheit des Kontinents gegenüber stellen.

Daß das Fundament einer solchen lebensgesetzlichen Neuordnung des europäischen Kontinents, wie sie die Schaffung des Neuen Europa darstellt, nicht die Unterdrückung des Schwächeren durch den Stärkeren, sondern die gemeinschaftliche Zusammenarbeit aller europäischen Völker ist, das zeigen die Erklärungen der deutschen Staatsmänner, die von einer Arbeitsgemeinschaft gleichberechtigter Partner unter Ablehnung jeder Gewaltherrschaft und damit eines jeden Imperialismus sprechen.

In diesem Zusammenhang sind die Ausführungen von Werner Daitz, eines der ersten geistigen Vorkämpfer der lebensgesetzlichen Neuordnung Europas, bemerkenswert der die Gesamtheit der europäischen Völker mit einer Familie vergleicht, deren Kraft von der Stärke der kameradschaftlichen Verbundenheit der einzelnen Familienglieder abhängt. Er betont daß die europäische Völkerfamilie sich nur dann als eine Einheit fühlen kann, wenn die völkischen Eigenarten geachtet werden und die natürlichen Lebensbedingungen eines jeden Volkes Respektierung finden.

In einem solchen neugeordneten Europa können sich dann alle völkischen Kräfte friedlich entfalten, besonders weil das Vorhandensein eines starken europäischen Zentrums — des Deutschen Reiches — den Kontinent gegen alle Angriffe aus dem außereuropäischen Raum heraus sichern kann. In einer solchen Friedensgemeinschaft aber können die einzelnen europäischen Völker durch die Erschließung der reichen Produktionsreserven des europäischen Kontinents auch zu besseren wirtschaftlichen Lebensbedingungen kommen, die die kameradschaftliche Zusammenarbeit ihnen allen bringt. Deutschland hat ja bereits im südosteuropäischen Raum, dem es eine gesündere wirtschaftliche Struktur gegeben hat, gezeigt, wie vorteilhaft für die anderen Länder die Zusammenarbeit mit ihm sein kann. Das aber, was in Südosteuropa schon geschaffen worden war, zeigt die Richtung für die Entwicklung im Neuen Europa auf dem Gesamtgebiet des europäischen Kontinents einschließlich der neu für Europa gewonnenen Ostgebiete an, wobei die Bereitschaft Deutschlands, ihnen helfend zur Seite zu stehen erwartet werden kann, weil das auch in Deutschlands eigenen Interessen liegt.

Kroatien auf dem Wege zum Neuen Europa

Jure Novak (Kroatien)

ENS — Es ist kennzeichnend für die sich in unseren Tagen entwickelnde neue europäische Ordnung, daß sie nicht auf am grünen Tisch ausgeklügelten Maximen aufgebaut ist, sondern ihre Prinzipien der organischen Entwicklung der europäischen Völker und ihrem Streben nach artgemäßer Gestaltung und Sicherung ihres Daseins verdankt.

In dieser Weise hat sich auch die Eingliederung des kroatischen Volkes in die Front der aufbauwilligen europäischen Völker vollzogen. Die Kroaten sind dazu schon durch ihre Geschichte prädestiniert: Vor andertausend Jahren wurden sie von dem Kaiser von Byzanz in ihre jetzigen Wohnsitze berufen, um ihm in seinem Kampf gegen die von Osten andringenden Barbaren zu unterstützen. Als dann Byzanz im Türkensturm unterging, suchte Kroatien den Anschluß an den Westen. Zunächst war es Ungarn, später Österreich, an das sich Kroatien freiwillig anschloß, um seine nationale Existenz zu erhalten. Kurz vor dem Weltkrieg schien die Erfüllung des alten Traumes von der nationalen Autonomie dem erwachenden Kroatentum in greifbare Nähe gerückt, und als die Donaumonarchie zerbrach, hofften die Kroaten in einem gemeinsamen Staat mit den Serben ihre nationalen Hoffnungen verwirklichen zu können. Sie wurden aber bitter enttäuscht. Erst der Zusammenbruch Jugoslawiens gab ihnen Gelegenheit, ihre alten nationalen Hoffnungen zu verwirklichen, einen eigenen unabhängigen Staat zu gründen.

Seit dem Gründungstage des neuen unabhängigen Staates Kroatien sind nunmehr etwas über 2 Jahre verflossen. In dieser verhältnismäßig kurzen Zeit haben sich bereits die Grundlinien einer kroatischen Politik entwickelt, die eindeutig auf die bewußte Eingliederung Kroatiens in das Neue Europa hindeuten.

In der kroatischen Innenpolitik kommen vor allem auf zwei Gebieten neu-europäische Ordnungsprinzipien zur Geltung: In der neuen kroatischen Verfassung sowie in der Sozialpolitik.

Die kroatische Verfassung ist, in bewußter Ablehnung der volksfremden demokratischen Formen, die Verfassung eines Führerstaates, der sich eng an die nationalen Traditionen des Kroatentums anlehnt. Die oberste gesetzgebende, richterliche und durchführende Gewalt ist in der Person des Poglavnik vereinigt. Die Krone ist das Symbol der Staatssouveränität. Die Ustascha-Bewegung hat die politische Durchdringung und Führung des Volkes zur Aufgabe. Sie soll gleichzeitig die Ausleseorganisation für politische Führerpersönlichkeiten sein und in ihren angeschlossenen Verbänden den Rahmen für die Mitwirkung des Einzelnen am Staate bieten. Die ständische Organisation des kroatischen Volkes knüpft an die altkroatische Tradition der Großfamilie an. In der neuen Standesorganisation ist die Hofgemeinschaft, zu der die Familie des Bauern sowie das Gesinde gehört, die unterste Zelle. Der Einzelne aber kommt nur als Mitglied einer solchen Zelle für den Staat in Betracht.

Da in Kroatien diesen Zellen des Volkslebens eine große Bedeutung zuerkannt wird, geht das Bestreben der kroatischen Sozialpolitik dahin, dem Arbeiter nicht nur Arbeit und Brot, sondern auch die Möglichkeit zur Entfaltung eines wirklichen Familienlebens zu geben. Diesem Zwecke dient u. a. auch der vom Poglavnik befohlene großzügige Bau von Arbeitersiedlungen. Seit der Veröffentlichung der beiden Verordnungen zum Bau von Arbeitersiedlungen und Arbeiterheimen sind bis jetzt über 1000 Wohnungen fertiggestellt worden. Symbolhaft für die Bedeutung, die dieser Aktion von der kroatischen Regierung beigegeben wird, ist die Tatsache, daß der Poglavnik selbst den Schlüssel zum ersten Hause der in Dubrava bei Zagreb errichteten Arbeitersiedlung einem verdienstvollen Arbeiter übergab.

Salazar

Cabral (Portugal)

ENS — Heute, wo das Schicksal Europas mit Eisen und Blut geschmiedet wird, tut es gut sich nach den starken ordnenden Kräften umzuschauen, die sehenden Blickes ihr Volk auf das gemeinsame europäische Ziel ausrichten. Ein solcher Führer ist für sein Land der portugiesische Ministerpräsident Salazar, der auch in seiner letzten Rede wieder mahndend und unmissverständlich die Lawinengefahr des Bolschewismus der Welt vor Augen stellte und zum Abwehrkampf aufrief.

Um Salazars Werk am portugiesischen Staat voll zu würdigen muss man bedenken, dass er zu einer Zeit in die Regierung berufen wurde, als in Portugal eine Revolution die andere ablöste, ohne auch nur die geringste Grundlage zu einem Neuaufbau zu geben. Ermöglicht wurde ein solcher erst, als Carmona 1928 Salazar zum Finanzminister ernannte, und der 39-jährige Minister seinem Präsidenten folgende ultimative Bedingung stellte — in sämtlichen Finanzangelegenheiten verlangte er unumschränkte Vollmachten. Erst nach einigem Zögern und erregten Besprechungen billigte man Salazar dieses diktatorische Recht für sein Resort zu. Doch hat Carmona es nicht zu bereuen brauchen: wenn man damals bei Salazars Berufung Portugal „ärmer als zur Zeit der Welterschaffung“ genannt hat, so gelang es Salazar binnen kurzer Zeit, das gesamte Finanzwesen des stark zerrütteten Staates auf kräftige, lebensfähige Grundlagen zu stellen.

Doch als sich Salazar damals in seinem Lande nach Helfern umblickte, da hörte er wohl eine ganze Reihe von Stimmen, die über einen neuen wunderbaren Aufbau schöne Worte machten, jedoch selbst nicht fähig waren, auch nur den ersten Schritt zu tun, um diesen zu verwirklichen. Portugal brauchte eine starke führende Hand, und da Salazar sah, worum es ging, so entschloss er sich als Ministerpräsident diese Aufgabe einer tatkräftigen, zielbewussten Führung auf sich zu nehmen, nicht als Vertreter irgendeiner Partei, sondern als sehender Sohn seines Volkes, der den Weg des positiven Fortschritts erkannt hat und sein Volk mit fester Hand in diesen Bahnen lenkt.

Der Krieg hat Portugal vor neue äusserst schwierige Aufgaben gestellt. Die Geschichte hat an zahlreichen Beispielen gezeigt, dass es für ein kleines Land nicht leicht ist, seinen eigenen Weg zu gehen, wenn rund herum die grossen Mächte in schärfstem Konflikt mit einander

Fortsetzung s. Blatt 5

Doch nicht nur hinsichtlich seiner inneren Organisation und einer gerechten Sozialpolitik, sondern auch auf außenpolitischem Gebiet beschreitet Kroatien entschieden den Weg zum Neuen Europa. Trotz eigener innerpolitischer Schwierigkeiten hat sich Kroatien beim Ausbruch des Kampfes gegen den Bolschewismus an die Seite der Achsenmächte gestellt und stärkere Verbände an die Ostfront entsandt. Der Heldenmut der kroatischen Kämpfer ist von dem deutschen Wehrmachtbericht wiederholt hervorgehoben worden. Seine Krönung aber fand er in dem heldenhaften Untergang jenes kroatischen Regiments, das in Stalingrad Schulter an Schulter mit der 6. deutschen Armee und rumänischen Verbänden bis zum bitteren Ende ausharrte.

Während so viele junge Kroaten ihr Leben für den Schutz ganz Europas auf den Schlachtfeldern Rußlands opferten, haben die deutschen und italienischen Soldaten, unter Einsatz ihres Lebens mitgeholfen Kroatien von den bolschewistischen Banden zu befreien.

Volksnaher innerer Aufbau nach den Grundsätzen des Führerstaates, eine Politik der sozialen Gerechtigkeit und ein kompromißloser Kampf gegen den bolschewistischen Weltfeind, dies sind die Grundzüge der kroatischen Politik, die entschieden auf das Ziel der endgültigen Neuordnung Europas zuschreitet.

Ibero-Amerika und USA

Mary Galeno (Brasilien)

ENS — Während es vor dem Kriegsausbruch noch eines tieferen Einblicks in die panamerikanische Entwicklung bedurfte, um die Zielsetzung der Vereinigten Staaten in Ibero-Amerika zu erkennen, sind heute die Bestrebungen der USA auf dem lateinamerikanischen Kontinent für jeden deutlich sichtbar. Die Zeiten sind nun vorbei, wo die Verhandlungskommissionen Washingtons noch hinter dem Rücken Englands sich die gewünschten Produktionserträge zu sichern suchten. Heute haben die Vereinigten Staaten eine solche Heimlichkeit der Vorbereitung garnicht mehr nötig. So stellt z. B. plötzlich die USA-Presse (und das nicht zufällig) »die untragbaren Mißstände in den britischen Besitzungen in Mittelamerika« unter ihr Scheinwerferlicht. Es handelt sich dabei um die kürzlichen Feststellungen des gemischten amerikanisch-britischen Untersuchungsausschusses, der auf Veranlassung des Weißen Hauses speziell für die britischen westindischen Inseln eingesetzt worden war. »Welch vernachlässigte sanitäre Lebensbedingungen! Welch ein menschenunwürdiger Lebensstandard!« — rufen die Schlagzeilen der USA-Blätter — »Hier müßten erst die Vereinigten Staaten die Sache in die Hand nehmen — sie allein können noch Rettung bringen!«

Die US-amerikanische Presse kann sich heute ohne weiteres England gegenüber solches leisten. Die USA weiß ganz genau, daß sie sich bei einer anderen Sachlage mit derartigen Vorwürfen selbst schädigen würden. Aber England wird jetzt nie wagen, auch nur die geringste Andeutung zu machen, daß die Bestrebungen der Vereinigten Staaten in Ibero-Amerika unabwendbar zu ganz genau denselben katastrophalen wirtschaftlichen Folgen führen wie es in den britischen Besitzungen im Karibischen Meer der Fall ist. Der Unterschied liegt einzig in den Ausmaßen, die ja für ganz Südamerika ganz erdrückend sein müssen.

Die Vereinigten Staaten haben weder an Lockungen mit Geld noch mit anderen stärksten politischen und wirtschaftlichen Druckmitteln gespart, um die ibero-amerikanischen Staaten dorthin zu drängen, wohin sie sie haben wollten. Als die Handelsrouten nach Europa unterbrochen worden waren setzte zwar eine rücksichtslose Ausbeutung der kriegsnotwendigen Rohstoffquellen, vor allem der wertvollen Mineralien ein, doch wurde ein Angebot von argentinischem Weizen, Guatemala-Kaffee oder brasilianischer Baumwolle mit einem Achselzucken abgelehnt unter dem Hinweis auf

Salazar

(Fortsetzung)

stehen. Salazar wusste das sehr wohl. Er durchschaute die dem Liebeswerben der einzelnen grossen Kriegsführenden und den dargebotenen Lockungen zugrundeliegenden Motive und sah, dass er vor allem den weiten Blick nicht verlieren durfte, um nicht scheinbarer zeitweiser Vorteile wegen, sein eigenes Stück um Stück aufgebautes Werk der Vernichtung preiszugeben. Diese Erkenntnis machte ihn standhaft, und er liess Portugal so geschickt an die Aufgaben herantreten, dass er in deren Meisterung das ganze Gewicht seiner ruhigen bewussten Kraft zum Ausdruck bringen konnte: »Wenn auch unsere Waffen nicht im Kriegsgewühl stecken,« sagt Salazar vor der ganzen Welt, »so bedeutet das längst nicht, dass wir dem Kampfe gleichgültig gegenüberstehen — keineswegs — die nichtkämpfenden Länder sind genau so wie die Kriegsführenden ins grosse Ringen einbezogen. Für jeden Einzelnen geht es um die Ordnung der internationalen Zusammenarbeit, wobei niemals vergessen werden darf, dass der Kommunismus immer ein Element der Unordnung bleiben wird, das dort zerstören will, wo Aufbau und Ordnung bereits vorhanden sind.«

Das sind mutige eindeutige Worte, die um so schwerer wiegen, wenn man bedenkt, dass zur selben Zeit andere Neutrale den Weg zur klaren Erkenntnis noch immer nicht gefunden haben.

den herrschenden Tonnagemangel, der die vertraglich zugesagte Abnahme dieser Güter unmöglich mache. Dieselbe Entschuldigung gilt auch für die Nichteinhaltung der versprochenen USA Lieferungen an Industrieerzeugnissen und Waren, die Ibero-Amerika früher aus Europa importierte. »Baut Gummi! Wir brauchen Gummi! Dazu haben wir noch Schiffe!« ruft man aus dem Weißen Haus Brasilien zu, und den Brasilianern bleibt nichts anderes übrig, als auf Aufforderung Nordamerikas sich wieder einmal umzustellen.

So sieht sich jetzt fast jeder der südamerikanischen Staaten zum Handlanger des Washingtoner Kriegsgeschäftes gemacht, ohne daß er einen anderen Gewinn daran hätte als anstelle der versprochenen Gegenlieferungen in Eile zugeworfener Dollarguthaben — Papierscheine, die man in Ibero-Amerika mit gemischten Gefühlen, mit wachsendem Mißtrauen und einer Art wehmütiger Sehnsucht nach den einst gewohnten europäischen Gegenlieferungen betrachtet. Interessant sind in diesem Zusammenhange die Bemühungen der südamerikanischen Staaten um einen Rückkauf der amerikanischen Beteiligungen durch die USA selbst, wengleich im bisherigen Finanzgeschäft zwischen Nord- und Südamerika es noch zu keiner solchen Transaktion gekommen ist...

»Höhere Preise — höhere Löhne!« — die bekannte Schraube hat bereits in sämtlichen Ibero-amerikanischen Staaten wegen Warenknappheit ihr gefährliches Spiel begonnen. Und wenn die USA anfangs unter ihnen willige Ohren gefunden haben, so finden sie heute — und das dürfte ihnen wesentlich unliebsamer sein — schon eine ganze Reihe offener Augen, Augen die die rücksichtslosen Monopolbestrebungen Washingtons durchschaut haben und nun gar zu gern ihren Blick wiederum nach Osten auf den alten Handelspartner Europa wenden möchten. So haben auch die letzten Wochen dem Weißen Haus neue unangenehme Überraschungen gebracht. Es mag im ersten Augenblick in Washington vielleicht noch auflodernde Illusionen über die Kabinettsbildung in Argentinien und Chile gegeben haben. Doch dürfte die zwischenzeitlich geklärte Haltung der neuen argentinischen Regierung, die »es für notwendig hält darauf hinzuweisen, daß sie für den Grundsatz der absoluten Autonomie eintrete und keinerlei Einmischung von Außen her dulden würde«, die Welt eines Besseren belehrt haben.

Aber es sind nicht Brasilien und Chile allein, die ihren Widerstand gegen die nordamerikanische Aggression zum Ausdruck bringen. Auch die übrigen Ibero-amerikanischen Staaten ringen in einem Wettlauf mit der USA um die Gewinnung der politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit in der Hoffnung sich auf diesem Wege vom Ausgeliefertsein an die Vereinigten Staaten zu retten.

Interessant sind hier beispielsweise die Bestrebungen Brasiliens, von dessen jeweiliger Außenpolitik man vielleicht am wenigsten Widerstand gegen die Anordnungen des Weißen Hauses erwarten durfte. Zwei charakteristische Wege könnte man nennen — den fieberhaften Aufbau der brasilianischen Industrie, auch gerade der Schwerindustrie, und die betonte Aufmerksamkeit, die Brasilien seit diesem Jahr den Rundfunksendungen nach Europa — vor allem in den geläufigen Handelssprachen englisch, portugiesisch und spanisch zugewandt hat. Hier sucht Brasilien, — wenn auch nicht offensichtlich so doch unmißverständlich bei genauerem Einblick ins dargebrachte Nachrichtenmaterial — einen Weg, trotz abgebrochener Beziehungen die Fäden zu Europa wieder fester zu knüpfen, um bei möglichst erster Gelegenheit nach dem Kriege die alten Verbindungen wieder aufzunehmen, ja vielleicht sogar durch zwischenzeitlich geleistetes neue Interessenten heranzuziehen — ein Bestreben, das eine andere Sprache redet, als die nun auch in ihrer Beflissenheit nachlassenden Unterwerfungen bestimmter süd-amerikanischer Staatsmänner.

Der englisch-polnische Konflikt und die Stellung der kleinen Völker

Oberstleutnant Arturs Freimanis (Lettland)

ENS — Am 30. August 1939 überreichte der britische Botschafter in Deutschland Henderson dem deutschen Reichsminister des Auswärtigen Ribbentrop ein Memorandum der britischen Regierung, das wörtlich folgende Sätze enthielt: »Die Regierung Seiner Majestät bringt wiederholt zum Ausdruck, daß sie den Wunsch der Deutschen Regierung nach einer Verbesserung der Beziehungen durchaus teilt; es ist jedoch dabei zu berücksichtigen, daß sie um dieser Verbesserung willen nicht die Interessen ihrer Freunde preisgeben kann. Sie hat volles Verständnis dafür, daß die Deutsche Regierung Deutschlands Lebensinteressen nicht opfern kann, aber die Polnische Regierung befindet sich in der gleichen Lage, und die Regierung Seiner Majestät glaubt, daß die Lebensinteressen der beiden Länder nicht unvereinbar sind.« Dies war die Antwort Englands auf die deutsche Forderung nach der Rückgabe Danzigs sowie einer Verkehrszone durch den Korridor und die Sicherung des Lebens der deutschen Volksgruppen in dem Polen verbleibenden Gebiete. Weil Deutschland auf dieser Forderung bestand, die der von Anfang an als notwendig erkannten Revision des Versailler Vertrags in diesem Gebiet entsprach, und da England den polnischen Staat durch die politische Rückenbedeckung zur Ablehnung dieser aus dem Selbstbestimmungsrecht der Völker entspringenden Forderung veranlaßte, begann die kriegerische Auseinandersetzung, die England im Namen der Lebensinteressen Polens als der Vertreter der kleinen Völker zu führen vorgab.

Seitdem sind 3½ Jahre verflossen. Der polnische Staat hat faktisch aufgehört zu existieren. England aber sieht in der Vertretung der polnischen Emigranten in London die legale Regierung Polens, wegen deren Lebensinteressen es Deutschland den Krieg erklärt hat. Diese Lebensinteressen werden heute von der Sowjetunion negiert. Die britische Regierung aber stellt sich diesmal nicht auf den Standpunkt der »berechtigten Wünsche« Polens, deren Sicherung doch ihr ursprüngliches Kriegsziel gewesen ist, sondern nimmt die bolschewistischen Forderungen an. Im Interesse der Aufrechterhaltung guter Beziehung zur Sowjetunion — man beachte die Parallele zum britischen Memorandum an die Deutsche Reichsregierung von Ende August 1939 — gibt England die Interessen seines Freundes preis. Die britische Regierung stellt sich nicht mehr auf den Standpunkt, daß die Lebensinteressen Polens und der Sowjetunion nicht unvereinbar sind, sondern rät der polnischen Emigrantenregierung in London, sich den bolschewistischen Forderungen zu beugen. Was man Deutschland, das nur die Interessen seiner Volksgruppe wahren wollte, verweigert hat, wird der Sowjetunion, die einer fremden Volksgruppe ihre Existenzberechtigung abspricht, gewährt. Dieser Standpunktwechsel ist nur als Verrat Englands an den Polen zu bezeichnen, aber dieser Verrat ist zugleich eine Preisgabe der Interessen aller kleinen Völker. Die englische Presse macht keinen Hehl daraus, daß es nach englischer Auffassung im Nachkriegseuropa keine selbstständigen kleinen Staaten mehr geben soll, und sie rät den europäischen Staaten, sich damit abzufinden, in einem vom Bolschewismus beherrschten Europa den Platz einzunehmen, den Stalin ihnen zuweisen wird.

Stalins Charakterbild

Nikolaj Wolkow (Russland)

ENS — Ohne Zweifel zählt zu den erbittertesten Feinden Europas, seiner Kultur, seiner Völker, der gegenwärtige Machthaber der UdSSR Joseph Stalin-Dschugaschwilli. Bisher ist in Europa noch keine Schrift erschienen, die ausführlich und wahrheitsgemäß das Gesicht dieses bolschewistischen Despoten enthüllt hätte, der zur Macht gelangt ist und ein Land mit den Ränken und Grausamkeiten Tamerlans beherrscht. Wenn wir auf der Suche nach einer Charakteristik dieses Menschen uns der offiziellen Literatur des bolschewistischen Landes zuwenden, so finden wir darin nichts anderes als eine gleichförmige Anhäufung von erhabenen Phrasen, welche die bolschewistischen Lakaien der Feder mechanisch mit dem Namen Stalins in Verbindung setzen. Statt einer Charakteristik finden wir in den in der Sowjetunion herausgegebenen Biographien Stalins nur eine armselige Wiederholung der Epithete »der Große«, »der Geniale«, »der Tapfere«, welche die Staatsschriftsteller des bolschewistischen Raumes mit dem Namen Stalin in Verbindung zu setzen sich furchtsam beeilen. In diesen Büchern ist nichts zu finden als die bolschewistischen Weihrauchwolken, die die Person Joseph Stalins umhüllen. Etwas, das der Wahrheit näher kommt, können wir in denjenigen Veröffentlichungen entdecken, welche der Feder solcher Männer angehören, die der Sowjetunion entronnen sind und in dieser oder jener Weise Stalin näher gestanden haben.

Trotzki-Bronstein charakterisiert Stalin folgendermaßen: »Sein politischer Horizont ist äußerst eng. Das theoretische Niveau ist durchaus primitiv. Sein komplexives Büchlein: »Die Grundlagen des Leninismus« strotzt von schülerhaften Fehlern. Die Unkenntnis fremder Sprachen zwingt ihn, das Leben in anderen Ländern nur aus dem Munde anderer zu vernehmen. Der Geistesverfassung nach ist er ein beharrlicher Empiriker ohne die geringste schöpferische Fähigkeit...«

Lenin stieß auf jedem Schritt auf die Unwissenheit Stalins, auf die äußerste Beschränktheit seines politischen Gesichtskreises, auf die einzigartige moralische Einfalt und Kritiklosigkeit. Trotzki sagte vom praktischen Verstande Stalins, er bestehe zu »drei Vierteln aus Schlaueit«, ferner aus dem eigentümlichen »Zynismus eines Provinzlers«, »dessen Marxismus viele Vorurteile beseitigt hat, ohne sie indessen aufzugeben, ganz zu durchschauen und in eine Psychologie der Weltanschauung hineinzugelangen«. Er sprach von einem »gewaltigen und mißgünstigen Ehrgeiz« Stalins, welcher in ihm den Neid gegen alle besser gebildeten Bolschewiken erzeugt hat, weil ihm nichts übrig blieb, als auf jedem Schritt seine geistige und moralische Unzulänglichkeit zu empfinden.

Wie charakterisieren nun Stalin die Menschen, die lange mit ihm zusammen gearbeitet und Gelegenheit gehabt haben, die Eigenschaften seiner Seele zu studieren?

Bucharin äußert sich über ihn: »Die erste Eigenschaft Stalins besteht darin, daß er Leninist ist, die zweite ist ein unversöhnlicher Neid auf diejenigen, die mehr wissen oder können als er. Er und Iljitsch (Lenin) führten einen latenten Krieg...«

Der ehemalige Stellvertreter des Volkskommissars für Kriegsangelegenheiten, ein gewisser Skljanski, sagte: »Man wundert sich darüber, daß in letzter Zeit die goldene Mitte, die satte Unzulänglichkeit nach oben drängt. Und das alles sieht in Stalin seinen Führer...«

Der ehemalige deutsche Kommunist Albrecht, der seinerzeit Zugang zum Kreml hatte und oft mit Stalin zusammenkam, schreibt über ihn: »Ich sah, daß wir alle, die wir Stalin für einen großen Denker und hervorragenden Philosophen gehalten hatten, sehr im Irrtum waren. Stalin erschien in mei-

Fortsetzung s. Blatt 7

Der Keynes-Plan

Dr. Rezső Lajos (Ungarn)

ENS — Die Diskussion um die Nachkriegspläne der kriegsführenden Parteien hat in der letzten Zeit erheblich zugenommen. Während bis vor kurzem nur die Dreierpaktmächte eine Neuordnung der Welt als ihr Programm ankündigten, sind jetzt auch die sogenannten Vereinigten Nationen mit zwei Neuordnungsplänen an die Öffentlichkeit getreten, die gewisse Rückschlüsse auf die Gestaltung der Weltwirtschaft für den Fall eines Sieges der Alliierten zulassen.

Der englische Plan kann wegen der wissenschaftlichen Bedeutung seines Verfassers durchaus eine erste Kritik beanspruchen.

Der Keynes-Plan geht von der Tatsache aus, daß in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen der internationale Handel durch Devisenbeschränkungen, Wirtschaftskrieg, restriktive Zollpolitik usw. stark eingeschränkt worden ist und versucht, durch Einführung eines von der Goldproduktion unabhängigen Weltgeldes, günstige Voraussetzungen für eine Expansion des Volumens des internationalen Handels zu schaffen.

Die Staaten sollen sich nach dem Keynes-Plan zu einer internationalen Verrechnungsunion zusammenschließen und ihren gegenseitigen Zahlungsverkehr über eine internationale Verrechnungsbank abwickeln. Dabei sollen die Zahlungen zwischen den einzelnen Staaten durch einfache Buchungen aus dem Konto des einen Staates auf das Konto des anderen Staates erfolgen. Die Konten selbst sollen in einer international anerkannten Währung, dem sogenannten Bancor, geführt werden, der in einem festen Verhältnis zu dem Golde und zu den einzelnen Währungseinheiten steht.

Es ist klar, daß in jedem Augenblick die Summe aller Sollsalden der einzelnen Länderkonten gleich der Summe aller Habensalden sein wird. Sollsalden werden diejenigen Länder haben, deren Leistungsbilanz in dem betreffenden Zeitabschnitt passiv ist, während über Habensalden die Länder mit aktiver Leistungs-

bilanz verfügen werden. Jeden Mitgliedesstaat soll dabei eine Quote zugeteilt werden, die nach dem Vorkriegshandelsvolumen bemessen wird und den Umfang seines Rechts auf die Kreditanspruchnahme bestimmt.

Um nun zu vermeiden, daß auf die Dauer das Aktiv- oder das Passivsaldo irgendeines Landes zu hoch wird, sieht der Keynes-Plan eine Anzahl von Beschränkungen vor, die die einzelnen Länder von einer zu weitherzigen auswärtigen Kreditpolitik abhalten sollen. Zunächst ist vorgesehen, daß jedes Land einen Betrag in der Höhe von 25% seines nach dem Vorkriegshandelsvolumen berechneten Quote zuerkannt bekommt, der die Freigrenze für seinen Soll- bzw. Habensaldo darstellt. Wird diese Freigrenze von einem Sollsaldo überschritten, dann muß das betreffende Land 1% seines Handelsvolumens in Gold dem Reservefonds der internationalen Verrechnungsbank zuführen. Außerdem kann das Land gezwungen werden, entweder seine Währung abzuwerten oder sonstige Maßnahmen zu ergreifen, die zu einer Reaktivierung seiner Leistungsbilanz führen. Sind diese Maßnahmen nicht von Erfolg gekrönt und überschreitet der Sollsaldo eines Landes auf die Dauer den doppelten Betrag seiner Freigrenze, dann kann sein Konto von der Verrechnungsbank gesperrt werden, und zwar derart, daß jede Transaktion der vorherigen Genehmigung der Verrechnungsbank bedarf.

Weit weniger scharf sind die Bestimmungen gegen die Länder mit zu großen Habensalden. Ihnen kann die Einführung von ausfuhrbeschränkenden Maßnahmen empfohlen werden. Außerdem hat sich die Leitung der Bank mit ihnen wegen einer etwaigen Erteilung von Krediten im Bancor an ein Schuldnerland in Verbindung zu setzen die zu einem zeitweiligen Abbau der beiderseitigen Salden führen würden.

Fortsetzung s. Blatt 8

Stalins Charakterbild

(Fortsetzung)

nen Augen als ein solcher, wie er wirklich war: Ein ehrgeiziger Schwätzer, ein Karrierist erster Sorte, ein Demagoge im schlimmsten Sinne des Wortes; ein Mensch, ergriffen von der Manie, ein großer Mann zu sein; ein Mensch, der seinem Ruhm, der Wahrung und Festigung seiner Macht ohne Bedenken nicht bloß seine engsten Mitarbeiter, nicht bloß die unterjochten Völker Rußlands, sondern diejenigen des ganzen Erdballs dahinopfert.

In den »Erinnerungen« des Grigorij Alexinskij wird davon erzählt, wie ein russischer Historiker, der im Dienste der Stalinregierung stand, auf seiner Reise nach Paris auf die Frage des Verfassers dieses Buches: »Ist Stalin klug?« antwortete: »Niemand, der Stalin kennt, hält ihn für klug. Er ist primitiv aber schlau und erbarmungslos, deshalb muß man ihn natürlich fürchten und für »genial« halten.« Demitrijewskij erzählt in seinem Buch »Stalin« von intimen Äußerungen verschiedener diplomatischer und Handelsvertreter der Sowjetregierung im Ausland, die darauf zurückzuführen sind, daß Stalin »ein schmutziger, grober, disziplinloser Macher ist, der die ganze Welt mit der Intelligenz der bolschewistischen Partei übersät, die aus ebensolchen dunklen und schmutzigen Menschen besteht, wie er es selber ist.«

In demselben Buch befindet sich auch eine Charakteristik von Demitrijewskij selbst, der einstmals dem bolschewistischen Klüngel nahestand; er schreibt über Stalin wie folgt: »Ruhig, unbeweglich, mit dem steinernen Gesicht einer entarteten Eidechse, auf welchem nur die schnell sich bewegenden Augen lebendig zu sein scheinen, die jede Bewegung des fremden Körpers und dessen Seele erhaschen, sitzt er im alten Kreml... im Beratungssaal der Sowjetregierung oder im geräumigen Arbeitskabinett, und schweigt nach seiner Gewohnheit, überläßt das Reden und Sich-bis-zu-

Ende-aussprechen anderen. Er aber, nachdem er sie ausgehört, alle ihre offenen und geheimen Gedanken aufgefangen hat — fängt an nicht laut aber zuversichtlich, ohne Eile seine Befehle zu erteilen, Resolutionen zu diktieren, laut welchen irgendetwas im Schicksal von Millionen sich ändern wird. Und dabei weicht das unveränderliche, stets sich gleich bleibende Lächeln nicht von seinem Gesicht. Es gab eine Zeit, wo er oft und viel, laut und schroff zu sprechen liebte. Heute ist das nicht so. Heute ist auch das Lächeln nur Maske. Ist er allein, so fällt die Maske ab. Das Angesicht wird finster und grau...« »Am schlimmsten ist das, daß er ein Despot nach orientalischem Muster ist, nicht mit einem einzigen Tropfen des westlichen Humanismus gemildert. Wie ein tödliches Gift hat sich seine Seele in tausendjähriger Tradition des orientalischen Wesens bemächtigt, das noch die mongolischen Gwaltthaber schufen, die sich in den gewaltigen Räumen und unter gewaltigen Menschenmassen breit machten, wo die einzelne menschliche Persönlichkeit garnichts bedeutete. Der Mensch ist für ihn ein Nichts, ihn liebt, achtet und schätzt er durchaus nicht. Sie alle sind für ihn nur Werkzeuge. Sein Despotismus kann sich um vieles schrecklicher auswirken als derjenige eines Robespierre...«

Eine weniger pompöse, aber der Wahrheit umso näher kommende Charakteristik gibt Essad-Bey in seinem Buch über Stalin: »Stalin ist ein typischer Asiat... mit dem kalten, finsternen Verstand eines orientalischen Verschwörers... Ihn beherrscht eine abstrakte, un menschliche asiatisch-mechanische Grausamkeit«, mit welcher »auch die verdientesten Mitarbeiter der Tscheka nicht konkurrieren können.« »Stalin besitzt alle Eigenschaften... parteilicher Mittelmaßigkeit, aber gerade diese Eigenschaften — Willensstärke, Enge des Horizonts, primitive Grobheit und tierischer Zynismus haben in ihm ihre äußerste Entwicklung erreicht...«

Der Keynes-Plan

(Fortsetzung)

So stellt sich das Gesicht unseres Hauptfeindes aus der Feder solcher Männer dar, die ihn kennen.

Von dieser Einrichtung verspricht sich Keynes eine starke Expansion des internationalen Handels, weil das von ihm vorgeschlagene internationale Giralgeld seiner Meinung nach die handelsfördernden Wirkungen der Goldwährung mit einer größeren Elastizität verbindet, da die Freigrenze von 25% des Vorkriegshandelsvolumens es jedem Lande gestattet, zeitweilig eine nicht ganz ausgeglichene Leistungsbilanz zu haben, ohne daß sich dieses sofort auf den Wechselkurs oder auf den Binnenwert der betreffenden Währung auswirkt.

Bei einer näheren Betrachtung zeigt sich jedoch, daß dieses System die genannten Vorteile in Wirklichkeit nicht hat. Bei seiner Einführung würden sich sofort die Länder in zwei Gruppen, in die der außenhandelspolitisch starken und in die der außenhandelspolitisch schwachen Länder gliedern. Die außenhandelspolitisch schwachen, also diejenigen, die wegen ihrer Wirtschaftsstruktur zwangsläufig eine passive Leistungsbilanz haben, würden in kürzester Zeit bei der Freigrenze ihrer Konten angelangt sein und müßten sich denselben Beschränkungen ihrer Einfuhr unterwerfen, wie vor diesem Krieg, ohne größere Ausfuhrmöglichkeiten als damals zu haben. Die Gläubigerländer aber würden in keiner Weise daran gehindert werden, ihre wirtschaftliche Macht willkürlich für politische Zwecke auszunützen.

Eine ähnliche Entwicklung kennt die Geschichte bereits. Als zu Anfang der 20-er Jahre die meisten Staaten zur Goldwährung zurückkehrten, erhoffte man sich davon eine erhebliche Ausweitung des internationalen Handels, weil damit die wichtigsten Währungen durch feste Wechselkurse miteinander verbunden waren und man durch das »Weltgeld Gold« nach langer Zeit wieder eine feste Kalkulationsbasis für internationale Transaktionen hatte. Tatsächlich aber führte die Rückkehr der meisten Staaten zur Goldwährung nur für kurze Zeit zu einer Expansion des Welthandelsvolumens, weil die Wiedereinführung des Goldes als Weltgeld das strukturelle Ungleichgewicht zwischen den einzelnen Volkswirtschaften nicht beheben konnte. Ebenso wenig würde nach einem Siege Englands bei Verwirklichung des Keynes-Planes die Einführung des Weltgeldes »Bancor« die strukturellen Unterschiede aufheben. Der Agrarstaat würde rein produktionstechnisch nach wie vor nicht in der Lage sein, seinen hohen Einfuhrbedarf an industriellen Konsumgütern und Produktionsmitteln durch eine entsprechende Ausfuhr an Agrarprodukten zu decken, während der Industriestaat zur Erzielung und Erhaltung der Vollbeschäftigung seiner Industrie jede Ausfuhrmöglichkeit ausnützen würde. Die Folge davon wäre nach kurzer Zeit, daß bei der internationalen Verrechnungsbank der Agrarstaat seine Quote nach der Passivseite, der Industriestaat nach der Aktivseite überschreiten würde. Dann aber müßte der Agrarstaat zur Wiederherstellung des Gleichgewichts zu Einfuhrbeschränkungen greifen, wodurch das für kurze Zeit erweiterte Außenhandelsvolumen wieder auf den durch die Exportfähigkeit des Agrarstaates bestimmten Stand zurückgehen würde.

Während Keynes sein Augenmerk vorwiegend auf die Geldseite des Wirtschaftsablaufs richtet, um durch geschickte Manipulationen einen wenigstens gleichgewichtsähnlichen Wirtschaftszustand zu gewährleisten, wendet sich die neueuropäische Wirtschaftsauffassung

bewußt von dem Streben nach »Gleichgewicht um jeden Preis« ab und strebt nicht die möglichst reibungslose Erhaltung eines bestehenden Wirtschaftszustandes, sondern die höchstmögliche Entwicklung der produktiven Kräfte der in ihrem Wirtschaftssystem eingegliederten Volkswirtschaften an. Sie schreckt daher auch nicht davor zurück, auf das Gleichgewicht in der Leistungsbilanz eines aufstrebenden Agrarstaates zeitweilig zu verzichten, um ihn durch großzügig gewährte Produktionskredite nach einer gewissen Übergangszeit durch seine gesteigerte Erzeugung in die Lage zu versetzen, seinen hohen Einfuhrbedarf sowie den Schuldendienst für die aufgenommenen Produktivkredite durch eine dauernd (weil aus einer strukturellen Änderung der Produktion entstandene) erhöhte Ausfuhr zu decken. Dieses System führt nicht — wie oft von Vertretern der angelsächsischen Schule eingewandt wurde — schließlich zu einer Absatzstockung für die Erzeugnisse des den Produktivkredit gewährenden Industrielandes, weil durch die erhöhte Erzeugung des Agrarlandes die Kaufkraft der breiten Volksschichten und damit auch die Nachfrage nach Erzeugnissen des Industrielandes steigt. Hat dann der Agrarstaat eine bestimmte Stufe der Produktionsentwicklung erreicht, so wird er durch die innere Kapitalbildung in der Lage sein, die ihm anfangs gewährten Produktivkredite zurückzuzahlen. Aber auch während der Entwicklung der produktiven Kräfte des Agrarstaates bringt seine Verschuldung an den Industriestaat kein Unsicherheitsmoment mit sich, weil die auf lange Sicht abgeschlossenen Kreditabkommen ihm einen geregelten Schuldendienst ermöglichen.

Selbst die Bildung von Clearingspitzen des Industriestaates gegenüber dem Agrarstaate wird durch dieses Verfahren vermieden, da die auf dem Kreditwege erfolgenden Produktionsmittellieferungen nicht am Tage der Lieferung, sondern erst bei Fälligkeit der im Kreditabkommen vorgesehenen Verzinsungs- und Tilgungsraten im Clearingkonto erscheinen. Es kann also — z. B. bei verhältnismäßig geringer Einfuhr von Konsumgütern aus dem Industrielande oder bei Vorauszahlung der noch nicht fälligen Tilgungsraten von Seiten des Agrarlandes in Form von Agrarprodukten — der paradoxe Fall eintreten, daß der Agrarstaat ein Clearingguthaben beim Industriestaat hat, obwohl er faktisch dem Industriestaat gegenüber verschuldet ist.

Zum Schluß sei noch darauf hingewiesen, daß die Bemessung der Quoten der einzelnen Staaten bei der internationalen Verrechnungsbank nach dem Durchschnitt des Außenhandelsvolumens der letzten drei Vorkriegsjahre ebenso den englischen Interessen dienen würde, wie die ganze stark liberalistisch angehauchte Konstruktion des Keynes-Planes, weil in den letzten drei Jahren vor diesem Krieg das britische Empire das größte Außenhandelsvolumen hatte, und England daher die weitaus höchste Freigrenze und damit die größte Bewegungsfreiheit für seine außenhandels- und finanzpolitischen Manipulationen hätte. Dies aber kann man dem Wissenschaftler Keynes nicht einmal zum Vorwurf machen, da er an verantwortlicher Stelle die englische Finanzpolitik leitet und sich dabei nach dem alten englischen Grundsatz richtet: »Recht oder Unrecht — mein Land!«

Wir Europäer aber haben ebenso das Recht, den Keynes-Plan, der unsere Länder von neuem der englischen Finanzdiktatur ausliefern und in die Schrecken neuer Weltwirtschaftskrisen stürzen würde, abzulehnen, und unseren eigenen Weg, den Weg der kontinentaleuropäischen Solidarität zu gehen.

Wir bitten alle Redaktionen um Übersendung der Nummern ihrer Blätter, die Nachdrucke unserer Aufsätze enthalten / Der Pressedienst erscheint wöchentlich

Belegexemplare, Manuskripte, Bestellungen und Anfragen aus dem Ostland sind an die Hauptschriftleitung und den Verlag in Riga Palasta ielā 3,

aus den übrigen europäischen Länder an den Herausgeber durch die Berliner Vermittlungsstelle auf folgende Anschrift: A. Ratenieks, Berlin - Wilmersdorf, Holsteinischestr. 30, zu richten.

G. 17077. Druck: 6. Druckerei in Riga.
Versandort: Riga und Berlin.